

Die... Einzelhefte... 10 Pfg. ...

Die... Einzelhefte... 10 Pfg. ...

Verlagspreis: Zentrum 152 30-15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum achtzehnten März

Märzgedanken

Von A. Stein.

Haben wir je eine Revolution gehabt?

Die Geschichte erzählt von der Märzrevolution 1848. Sie war keine eigentliche Revolution, denn sie blieb in ihren ersten Anfängen stecken. Die im feudalen Staat gebundenen Kräfte des werdenden bürgerlichen Deutschland rebellierten gegen den junkerlichen Absolutismus. Es gab viel Sturm und Drang, viel ideale Begeisterung in den jüngeren Schichten des demokratischen Bürgertums, daneben eine noch nicht zum Bewußtsein ihrer eigenen Ziele gelangte halbproletarische Bewegung, die röllig im Bann kleinbürgerlich-demokratischer Illusionen stand. Und das Ergebnis: ein elendes Kompromiß, eine fortgesetzte Preisgabe der revolutionären Ziele, ein ständiges Zurückweichen vor den Gegnern, bis die Reaktion über alle Errungenschaften der Revolution triumphierte.

Das deutsche Bürgertum hat schnell bereut, daß es sich von der Stimmung des „tollen Monats“ hatte hinreißen lassen. Es schloß seinen Pakt mit den herrschenden Gewalten, um gemeinsam an der wirtschaftlichen Prosperität, die Anfang der 50er Jahre einsetzte, teilnehmen zu können. Es ging dann bei Bismarck in die Schule und nahm seine Blut- und Eisentheorie so sehr in sich auf, daß es bald den Meister übertraf. Das Weltmachtstreben des deutschen Bürgertums, sein zügelloses imperialistischer Drang ging weit über die Ziele der Bismarckschen Außenpolitik hinaus. Die Epigonen spotteten der wenigen ehrlichen Demokraten der 48er Periode und überließen den Kampf für die Ziele der Märzrevolution der deutschen Arbeiterklasse, die neben der Vertretung ihrer sozialistisch-proletarischen Ziele auch den Kampf um die unvollendet gebliebene bürgerlich-demokratische Revolution übernehmen mußte.

Der Zusammenbruch von 1918, der als unausbleibliche Folge der bürgerlich-kapitalistischen Machtpolitik eintrat, schuf die Vorbedingungen für eine neue Revolution. Doch auch jetzt wiederholte sich das Drama von 1848. Auch die Novemberrevolution von 1918 ging über ihre ersten Anfänge nicht hinaus. Zwar wurden nun die Ziele von 1848: demokratische Republik, volle bürgerliche Freiheit usw. verwirklicht. Aber die Zeit forderte mehr. 70 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung hatten ein in seiner Mehrheit klassenbewußtes Proletariat hervorgebracht, das die Majorität des deutschen Volkes umschloß und sich die Verwirklichung der unmittelbaren Ziele der proletarischen Revolution zur Aufgabe stellte. Der Krieg und der schmachvolle Zusammenbruch des Militarismus hatten das Machtbewußtsein der proletarischen Schichten ungeheuer verstärkt. Daneben lodete auch das Vorbild des bolschewistischen Rußland, das die Schwierigkeiten der sozialistischen Revolution als gering erscheinen ließ. Doch der Krieg hatte zugleich die ökonomischen Voraussetzungen für eine siegreiche Revolution außerordentlich eingeschränkt. Er hinterließ als Erbe neben einer ruinierten Wirtschaft ein innerlich zerrissenes, geistig nicht vorbereitetes Proletariat, dessen Aktionsfähigkeit einerseits gelähmt wurde durch die geistlose Spießbürgerschaft einer Schicht „gehobener Existenzen“, andererseits in falsche Bahnen gelenkt wurde durch die Utopien rabiat gewordener Spießbürger, die mit ihrem Diktaturschrei glaubten, die Gegner überwinden zu können.

So stand die Revolution nach den ersten siegreichen Anfängen innerlich zerrissen der bürgerlichen Welt gegenüber. Sie ging zugrunde nicht allein unter dem Druck des ökonomischen Ruins und dem Zwang der äußeren Verhältnisse, sondern in großem Maße auch an ihrer inneren Unfertigkeit, die sich in gleichem Maße erstreckte auf die Massen wie auf die Führer.

Drei Stappen auf diesem Leidenswege sind charakteristisch: März 1919: Niederwerfung der Berliner Arbeiterklasse durch die kaiserlichen Noske-Garden; März 1920: Kapp-Putsch und Niederwerfung der Monarchisten durch den Generallstreik der Arbeiter; März 1921: kommunistischer Putsch in Mitteldeutschland. Drei Stappen, die mit erschütternder Eindringlichkeit zeigen, wie die deutsche Revolution zugrunde geht. Sie wurde einerseits durch den Noskegeist, der die Arbeiterklasse wehrlos ihren Feinden ausliefern, und andererseits durch den Geist Bela Kunns und Ebersteins, die in verbrecherischer Verantwortungslosigkeit eine Revolution glaubten „provokieren“ zu können. Diese Taten zeigen aber auch zugleich, daß der innerlich

unfertigen proletarischen Revolution, die nur stark ist in der Defensive, eine maßlose grausame, aber ebenso maßlos unfähige bürgerliche Konterrevolution gegenübersteht. Zwei Mächte, die ihre Kräfte nicht miteinander zu messen wagen, und die alles von der weiteren Entwicklung erwarten. Ein Gleichgewicht der Kräfte, bei dem man noch nicht weiß, nach welcher Seite sich morgen das Züngeln der Waage neigen wird. Inzwischen jedoch versinkt das arbeitende Volk in Dreck und Elend, und jeder Willensantrieb, jede über die Gegenwart hinausstrebende Idee wird erlöset im grauen Nebel des Alltags...

Es ist eine schöne Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, daß man am 18. März hinauspiert zu den Gräbern der Märzgefallenen, um den namenlosen Opfern der 48er Revolution, zu denen die unzähligen Opfer der letzten Revolutionsjahre in Berlin wie im Reich hinzugekommen sind, die Sympathie der Lebenden zu beweisen. Doch wie die Dinge heute geworden sind, möchte es mitunter scheinen, als ob die Toten es besser haben als die Lebenden...

Was ist es, was allen tiefer Fühlenden das Leben und Arbeiten so unsäglich schwer macht? Es ist nicht allein die sich steigende Not, das Elend der arbeitenden Masse, die Enttäuschung über die Reihenschläge der Bewegung, die Ausweilung der inneren Kräfte, die nur ein Ausläufer der allgemeinen Weltkrise ist — es ist vor allen Dingen die zunehmende Verkümmung der Bewegung; die Müdigkeit und Interessellosigkeit, die breite Kreise ergriff; die Ideenlosigkeit, die lediglich auf die Ergebnisse der „praktischen Kleinarbeit“ hinstellt; die skeptische Ablehnung, die jede lebendige Initiative im Keime erstickt; die staatsmännische Ueberweisheit, die jetzt, wo die Massenbewegung abgeflaut ist, sich selbst mehr und mehr als einzigen Träger der proletarischen Bewegung betrachtet. Daneben die unvermeidlichen Begleitererscheinungen einer jeden im Abflauen befindlichen Bewegung: die Selbstzufriedenheit der Philister, die das Gewordene „immer vorausgesetzt“; das müßige Geschimpfe der wildgewordenen Snobier, die alles auf die Führer abwälzen, und die großen Erziehungsaufgaben nicht sehen, die die Massen an sich selbst zu vollbringen haben; der Eigendünkel mancher bürokratischen Schichten, die mitunter veressen, daß sie nur die Beauftragten sind und nicht die Schöpfer des Massenwillens sind. Und dahinter die große proletarische Masse, bedrückt durch die steigende Not, die alle Energien für den Kampf um die nackte Existenz aufbraucht; enttäuscht durch die Ergebnisse einer Politik, durch die die Arbeiterklasse mehr und mehr ins Hintertreffen gerät; erbittert und verzweifelt wegen der Zerrissenheit des Proletariats, die jede Aktionsfähigkeit, jede schöpferische Arbeit lähmt.

Viele proletarische Masse steht in ihrem Innern fest zum Sozialismus, nicht weil sie ihn in allen seinen Konsequenzen durchdacht, sondern weil sie keinen anderen Ausweg aus der Hölle des Kapitalismus sieht, und weil sie ihren letzten Halt verlieren würde, wenn sie diesen Glauben an den Sozialismus nicht hätte. Aber den Weg zum Sozialismus sehen viele von ihnen nicht. Sie stehen ohnmächtig vor den gewaltigen Aufgaben, die durch die Katastrophe des Krieges und durch die Weltkrise des Kapitalismus herausbeschworen sind. Sie finden sich nicht zurecht in den ungeheuer verwickelten Fragen der Politik und Wirtschaft, die an die geistige und organisatorische Kraft des Proletariats höhere Anforderungen stellen als je zuvor. Sie schreden zurück vor der Größe der Aufgaben, die in den Uebergangsjahren der nächsten Zeit nur in zähem, planmäßigen Kampfe verwirklicht werden können.

Es kam nach 1848 eine Periode, wo Revolutionsphantasten jeden Tag den Ausbruch einer neuen Revolution in Deutschland erwarteten und in geheimen Zirkeln im Auslande Pläne schmiedeten, wie sie die Macht ausüben würden. Ihnen sagte Marx in seiner Polemik gegen die Minorität im „Kommunistenbunde“ im September 1850:

„An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Treibe der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur, um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur poli-

tischen Herrschaft zu befähigen“, sagt ihr im Gegenteil: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen!“

Viele sind geneigt, diese Worte von Marx in allen Punkten auf die heutige nachrevolutionäre Periode zu übertragen. Sie treffen jedoch nur zu, soweit es sich um die Abwehr jener Revolutionsromantik handelt, die sofort in Passivität und Untätigkeit umschlägt, wenn ihre Illusionen an der harten Wirklichkeit zerschellen. Auch heute sind ferner jene Worte beherzigenswert, daß das Proletariat sich selbst zu ändern hat, um sich zur politischen Herrschaft zu befähigen. Aber darüber hinaus ist es falsch, wenn jetzt die allgemeine Perspektive übernommen wird, die die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Frage der revolutionären Entwicklung einnahmen. Damals setzte, nach der Krisenperiode der 40er Jahre, ein ungeheurer wirtschaftlicher Aufschwung ein, der sich trotz periodischer Krisen und Schwankungen fortgesetzt steigerte und die Voraussetzungen für jene „organische“ Entwicklung schuf, die schließlich die Grundlage für das Umsichgreifen der reformistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung bildete. Diese Periode der organischen und verhältnismäßig friedlichen Entwicklung des Kapitalismus ist jetzt zu Ende. Der Weltkrieg, der den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsverfassung entsprang, hat ihre Grundfesten erschüttert. Wenn der Kapitalismus trotzdem seine Existenz aufrechterhält und sich anschiebt, seine Macht noch mehr zu befestigen, so verdankt er das in nicht geringem Maße der inneren Unfertigkeit und organisatorischen Zerrissenheit seines Todfeindes, des Proletariats in den entscheidenden Jahren nach Abschluß des Weltkrieges.

Doch ungeachtet dieser Tatsache bleibt es heute ebenso wahr wie im Jahre der Schöpfung des kommunistischen Manifestes, daß die soziale Revolution unvermeidlich ist, weil die Bourgeoisie auferstande ist, die Existenz ihres Schlangens, des Proletariats, aufrechtzuerhalten, auf dessen Arbeit die ganze kapitalistische Gesellschaft aufgebaut ist. Doch Marx sich 1848 in dem Tempo der revolutionären Entwicklung geirrt haben; mochten in den nachfolgenden Jahrzehnten des großindustriellen Aufschwungs die inneren Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise sich stärker erwiesen haben als die führenden sozialistischen Theoretiker es annahmen, so bleibt es dennoch wahr, daß der Weltkrieg das innere Gleichgewicht des Weltkapitalismus in einschneidendster Weise gestört und eine „kritische Periode“ des Kapitalismus gesetzt hat, an deren Ende die soziale Revolution und die Errettung der politischen Macht durch das Proletariat steht.

In dem trüben Halbdunkel der jetzigen Reaktionsperiode verschwindet oft diese Perspektive, und gar mancher ist geneigt, sich grundätzlich dem Reformismus zu verschreiben, weil die Kampfmethoden des Proletariats jetzt nur vorwiegend reformistischer Natur sein können. Doch in diesem stillschweigenden Verzicht auf den Revolutionsgedanken steckt eine nicht geringere Gefahr wie in der Putschisterei der Revolutionsphantasten. Er lähmt nicht nur die Aktionskraft des Proletariats als Klasse, er beraubt es auch einer wichtigen geistigen Waffe im Kampfe gegen die von heftigen inneren Krisen geschüttelten kapitalistischen Welt.

Gegeil hat uns an einer Stelle das schöne Bild gezeichnet: „Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.“ Der Vogel der Weisheit beginnt erst zu fliegen, wenn das trübe Licht der Reaktionsperiode die Menschen dazu zwingt, die Widersprüche der Umwelt zu erklären und sich neue Bahnen zum Kampf gegen die Dunkelheit zu erschließen. Reaktionsperioden sind keineswegs nur negativ zu bewerten. Sie schaffen vielmehr erst jene geistigen Voraussetzungen jener Tatkraft, jene Leidenschaft, die zu neuem Aufschwung zu neuen Revolutionen führen.

Sache der jetzt lebenden Generation muß es sein, die Aufgabenstellung aus diesem allgemeinen geschichtlichen Gesetz zu ziehen. Sorgen wir alle dafür, daß die „kritische Periode“ des Kapitalismus eine entsprechende Kritik und geistige Bereinigung beim Proletariat auslöst. Sorgen wir dafür, daß die Fackel der Revolution nicht erlöset — auch nicht im Herzen jener, die sich heute der „praktischen Kleinarbeit“ anern, und daß der künftige Aufschwung der proletarischen Bewegung ein Geschlecht findet, das den Aufgaben der grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft in größerem Maße gewachsen ist wie die jetzige Generation.

Eine Note Nollets

Noch immer Mobilisierungspläne?

Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission, General Nollet, hat am 15. März der deutschen Regierung eine neue Note übermittelt. Sie lautet: Vor dem Krieg und während desselben haben die Zivilbevölkerungen eine gewisse Zahl von Urkunden geführt, die die Ausführung von Rekrutierungs- und Mobilisierungsmaßnahmen betrafen, die jetzt durch die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages verboten sind.

Es ist nun der Kontrollkommission angezeigt worden, daß nicht alle diese Urkunden vernichtet worden sind. Ein Teil davon soll sich noch in den Händen der Bürgermeister und anderer örtlicher Behörden befinden.

Die Kommission bezieht sich, um die Vernichtung der noch übrig gebliebenen Urkunde zu erlangen.

Diese Vernichtung hat in Gegenwart von Kontrolloffizieren zu geschehen, die von den beteiligten Verbindungsstellen über die in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen zu unterrichten sind.

Die Kommission bittet außerdem, ihr in möglichst kurzer Frist die Schritte mitzuteilen, die die deutsche Regierung in Ausführung des Artikels 21 des Friedensvertrages ergreifen hat oder zu ergreifen gedenkt, um den vorerwähnten Zivilbehörden diejenigen Dienstgeschäfte zu entziehen, die der Friedensvertrag verbietet.

W.B. bemerkt dazu: „Es ist möglich, daß General Nollet vielleicht die bei den Landratsämtern wohl noch befindlichen „Mobilisierungsanweisungen für Zivilverwaltungsbehörden“ bzw. „Mobilisierungsanweisungen für Gemeindevorsteher“ sowie die auf Grund derselben Zeit entstandenen Akten im Auge hat, die bisher wegen ihrer völligen Bedeutungslosigkeit unbeachtet geblieben sind. Sie betreffen nur die Pferdeaushebung und die Bestellung von Vorspann bei Einquartierungen, haben aber mit dem Mannschafserwerb und der Mobilisierung von Mannschaften nicht das geringste zu tun.“

Nachdem feststeht, daß die Reichswehr keinen Krieg mehr führen kann und darf, sollte endlich auch mit dem alten Blunder ausgeräumt werden, der bei den Zivilbehörden lagert und ehemals Mobilisierungszwecken diente, gleichviel, ob es sich um Pferde oder Mannschaften handelt. Daß gewisse Stellen bemüht sind, derartige Ueberbleibsel aus der Zeit kaiserlicher Großtaten sorgsam zu hüten mit dem stillen Wunsch, gegebenenfalls wieder Gebrauch von ihnen zu machen, braucht kaum betont zu werden. Deshalb ist die Regierung verpflichtet, mit diesem Krimskrams aufzuräumen. Nicht nur, weil die Entente eine solche Forderung erhebt, sondern weil es zugleich Pflicht der Republik ist, den Monarchisten jedes Werkzeug aus den Händen zu nehmen, mit dem sie doch nur Unheil anzurichten gedenken.

Im Namen der Menschlichkeit . . .

Anlässlich des bevorstehenden Prozesses gegen die russischen Sozialrevolutionäre hat Anatole France am 17. März folgendes Telegramm an die Moskauer Regierung gerichtet:

„Im Namen der Humanität und der höheren Interessen des Weltproletariats bitte ich Sie, gegen Ihre politischen Gegner keine Maßnahmen zu unternehmen, die als Racheakte bezeichnet werden könnten. Sie würden sonst der großen Sache der Befreiung des Weltproletariats einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen.“

Wir machen darauf aufmerksam, daß Anatole France Mitglied der kommunistischen Partei Frankreichs ist.

Gewerkschaftskommission und Kd-Bund Berlins haben an Herrn, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, folgendes Telegramm gerichtet:

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und das Ortsrat des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erheben Protest gegen die durch Pressenachrichten bekanntgewordene Absicht, Mitglieder der sozialrevolutionären Partei auf Grund von Denunziationen vom Obersten Tribunal aburteilen zu lassen.

Die Sowjetbehörden sollten sich bewußt sein, daß ein solcher von einer Arbeiterregierung ausgeübter Akt der Rachejustiz von der Arbeiterklasse der ganzen Welt, die nach internationaler Einigung und Versöhnung ruft, nicht verstanden würde.

Im Namen der Menschlichkeit fordern wir das Leben und die Freiheit von Männern, die schon unter dem zaristischen Regime ihre besten Kräfte für die Interessen der Arbeiter und den Sozialismus eingesetzt haben.

Sabatj.

Jlatau.

Die Lichterfelder Kuppelei

Anfrage im Landtag.

In der Lichterfelder Angelegenheit hat unsere Landtagsfraktion folgende Anfrage an die Staatsregierung gerichtet:

„Nach Pressemeldungen mußten 50 Schüler der oberen Klassen der staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfeld von der Anstalt verwiesen werden.“

Als Grund wird angegeben: Unbotmäßiges Verhalten dieser Schüler, veranlaßt durch politische Verhöhnung, gegenüber Personen anderer, d. h. nicht nationalisistischer Gesinnung.

Die politische Unbotmäßigkeit trieb diese Schüler bis zu wüsten Beschimpfungen, Drohungen und Versuchen tätlicher Angriffe gegenüber Aufsichtspersonen.

Mit dem Staatsministerium bekannt, Inwiefern Lehrer und Verwaltungsbefugte sich an dieser Verhöhnung der Schüler beteiligten, sie förderten oder duldeten?

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um an der staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfeld einen Lehrkörper und eine Verwaltung zu schaffen, die bereit und fähig sind, die Schüler zu freudiger republikanischer Staatsgesinnung zu erziehen, den Geist der Völkerveröhnung zu pflegen und volkschädigende nationalisistische Treiben unmöglich zu machen?

Es ist notwendig, daß durch eine eingehende Ansprache im Parlament Licht in die durchaus nicht so eindeutige und klare Angelegenheit gebracht wird. Es muß ermittelt werden, ob die Aktion des Ministers gegen die 50 Kuppelei lediglich von dem löblichen Bestreben geleitet war, die nationalisistische Verhöhnung in den Schulen zu unterbinden, oder ob sich die Aktion mit Hilfe einer rechtzeitig einsetzenden geschickten Wendung schließlich gegen unliebsame Lehrkräfte richten soll.

Wir haben unserem Mikstraven gegenüber der Reinheit der Motive des Ministeriums schon in der gestrigen Abendausgabe Ausdruck verliehen. Hätte Boelzig nur die Absicht, der nationalisistischen Verhöhnung entgegenzutreten, dann hätte er dazu nämlich nicht nur in Lichterfeld, sondern an allen höheren Schulen und in einem großen Teil der Volksschulen reichlich Gelegenheit. Er wird im Landtag zu erklären haben, wie er dazu steht.

Vor allem aber wird das Parlament die Frage zu prüfen haben, wozu die Lichterfelder Anstalt überhaupt da ist, und ob es sich nicht empfehlen würde, sie aufzulösen.

Bestrafte Ehrabschneiderei

Vereinzelt finden sich nach und nach Gerichte, die ihrer eigentlichen Pflicht entsprechend, die Ehre eines Sozialisten und Republikaners ebenso hoch einschätzen, wie die der Anhänger des alten Systems. Wir sind in der seltenen Lage, ein solches Urteil verzeichnen zu können.

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom 22. Juli 1921 veröffentlichten wir im Anschluß an den damals bekanntgewordenen Brief, den der ehemalige bayerische Kronprinz Rupprecht im Juli 1917 an den Grafen Hertling richtete, eine Notiz, in der den führenden Militärs im Weltkrieg Feigheit und Furcht vor der Verantwortung vorgeworfen wurde. Wir nahmen die Berechtigung zu diesem Vorwurf aus eben dem Briefe Rupprechts, in dem dieser schon im Juli 1917 von der Ausschichtslosigkeit des U-Boottkrieges sprach, die tödlichen Bombenwürfe auf London verworft, einen schnellen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen mit Rußland wünschte und weiter zu dem Schluß kam, daß auch Verhandlungen mit dem westlichen Gegner eingeleitet werden müßten. Kurzum: Rupprecht war schon im Juli 1917 von der Ausschichtslosigkeit des Weiterkämpfens überzeugt. Aber er wandte sich nicht an die deutsche Öffentlichkeit, so wenig wie einer der anderen verantwortlichen Politiker und Militärs, die damals die Außenlosigkeit der Lage schon vollkommen übersehen. Es wurde weitergekämpft, das deutsche Volk vermehrt in Eigenschuldungen gewiegt. So mußte es zum Zusammenbruch kommen, der dann hinterher von denselben Leuten, die 1916 und 1917 nicht den Mut aufbrachten, öffentlich die Wahrheit zu sagen und das Schlimmste zu verhüten, als die Frucht des „Dolchstoßes von hinten“ bezeichnet wurde.

Tiefes An-den-Trangereffen der Feigheit und der Verantwortunglosigkeit maßgebender Militärs trug uns neben dem wütenden Gelächter der nationalisistischen Presse zahlreiche Entrüstungsbriefe nationalisistischer Heißsporne ein. Unter anderem schickte sich auch ein Kaufmann Albert Schulze aus Großenhain i. S. demüßigt, dem damals verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, dem Genossen Liebschütz, einen Brief mit dermaßen beleidigenden Wendungen zuzuschicken, daß es rasiem schien, dem Herrn beizubringen, daß auch sozialistische Redakteure nicht vogelfrei sind und daß man ihm Gelegenheit geben müsse, in der kühlen Luft des Gerichtssaals zur Befassung zu kommen. In dem Briefe wimmelte es von lebenswichtigen Ausdrücken, wie „erbärmlicher Lump“, „Feigling“, „Rassenhanswurst“.

Am gestrigen Freitag fand nun vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg die Privatklage des Genossen Liebschütz gegen Schulze-Großenhain statt. Der Angeklagte hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Nach Verlesung des Briefes und nachdem Genosse Liebschütz in kurzen Worten auf den Klagegrund hingewiesen hatte, zog sich der Gericht zur Beratung zurück. Nach dem Wiedererscheinen verurteilte der Vorsitzende das Urteil, das den Angeklagten der Beleidigung im Sinne der §§ 185, 186 des StGB. für schuldig erklärt und auf eine Freiheitsstrafe von einem Monat Geldstrafe erkannt. In der Begründung stellte der Vorsitzende fest, daß die Ehre des Menschen sein höchstes Gut sei; daß die Ehre des Beleidigten in einer maßlosen Weise getränkt sei. Verschärfend komme hinzu, daß der Angeklagte teilweise direkt, ihn persönlich betreffenden Anschuldigungen gegenüber hatte. Aus diesen Gründen mußte auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden.

Das Koalitionsrecht der Polizeibeamten

Eine Verfügung Eberlings an die Polizeibeamten-Verbände.

Minister Eberling hat an die Polizeibeamten-Verbände Preußens eine Verfügung gerichtet, in der er zunächst den während der Streittage der letzten Zeit bekundeten Dienstfeiertag der Polizeibeamtenschaft lobend erwähnt. Während der Streittage habe er, schreibt Eberling, absichtlich vermieden, die grundsätzliche Frage der Beamtenpflichten bei einem Streik zu erwähnen. Er selbst, wie auch sein ganzes Ministerium, stehe jedoch seit jeher auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich der Beamtenstand ein Streikrecht nicht zugubilligen ist. Aber auch eine Neutralität oder gar eine Sympathieäußerung zugunsten einer der streikenden Parteien in wirtschaftlichen Kämpfen stelle eine Verletzung der Beamtenpflichten dar. Diese nochmalige und endgültige Hervorhebung dieses „von der Staats- und Reichsregierung gleichmäßig vertretenen Standpunktes“ erscheint ihm jetzt notwendig. Eberling betont sodann, daß er immer bestrebt gewesen sei, die Polizeibeamtenschaft in ihren Rechten und in ihrer wirtschaftlichen Lage zu fördern. Dazu sei er in der Zukunft aber nur in der Lage, wenn die Gewähr gegeben ist, daß in der Polizei die aus dem Beamtenverhältnis sich ergebenden Pflichten, wie der Minister sie versteht, ohne jede Einschränkung anerkannt und unter allen Umständen befolgt werden. Tann fährt der Minister fort:

Hierzu bedarf es einer zweifelsfreien Festlegung dieser Grundsätze in den Satzungen aller Verbände, denen Polizeibeamte angehören. Wo dies bei einer Organisation nicht der Fall ist, oder im Gegensatz sogar Grundsätze vertreten werden, die im Widerspruch zu den Pflichten der Polizeibeamten stehen, wird bei aller Anerkennung des Vereinigungsrechts der Polizeibeamten doch zu prüfen sein, ob ein derartiger Verband als verhandlungsfähig anerkannt werden darf. Ich halte mich verpflichtet, ungewichtig hervorzuheben, daß auch die Beamtenverbände nicht als völlig freie Organisationen wirken, sondern die durch die Sonderpflichten ihrer Mitglieder und das Treueverhältnis zum Staate gegebenen Grenzen unbedingt einhalten.

Demgemäß ersuche ich ergebenst um eine bestimmte und unzweideutige Aeußerung binnen Monatsfrist darüber,

- a) ob sie meinen Ausführungen über die Pflichten der Polizeibeamten beizutreten,
- b) ob sich eine entsprechende Bestimmung in Ihren Satzungen befindet,
- c) ob Sie im Falle der Verneinung der Frage zu b) zur Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in Ihre Satzungen bereit sind.

Hinsichtlich des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands, zu dem ich ressortmäßig keine unmittelbare Beziehung habe, dessen Satzungen jedoch m. W. für die ihm angeschlossenen preussischen Verbände maßgebend sind, bemerke ich zur grundsätzlichen Klarstellung, daß die von ihm während des Streiks herausgegebene „Weisung“ den von mir vertretenen Grundsätzen nicht gerecht wird. Dies ergibt sich sowohl aus dem verschiedener Auslegung zugänglichen Wortlaut, wie auch aus den eigenen Mitteilungen des RdV. vom 15. Februar 1922 Nr. 2, denen zufolge die erwähnte „Weisung“ auf den vom Reichsverband für den Fall eines Beamtenstreiks geschienenen „Nichtlinien“ beruht. Diese erklären nämlich mit Bezug auf einen Beamtenstreik, „daß die Polizei bei allen wirtschaftlichen Kämpfen strengste Neutralität zu wahren hat“. Gerade diese Bemerkungen sind durchaus geeignet, die Beamtenpflicht zu verwirren und irreführend. Demgegenüber verweise ich nur auf meine vorstehenden Ausführungen mit dem Bemerkten, daß ich mir für den Fall einer Beibehaltung der „Nichtlinien“ weitere Maßnahmen vorbehalte.

Was die Wirksamkeit der Verbände im allgemeinen, besonders aber in Zeiten politischer Spannung betrifft, so muß ich darauf halten, daß die Verbände sich jeder Einwirkung auf die dienstliche Tätigkeit der Polizeibehörden und -beamten zu enthalten haben. Alle Anordnungen über Einsatz und Wirken der Polizei wie über Pflichten und Verhalten ihrer Beamten ist ausschließlich meine Sache, wie Aufgabe der Polizeibehörden und Dienststellen. Weisungen oder Verhaltensmaßregeln von anderer Seite sind eine Anmaßung, auf die ich, falls sie von Verbänden ausgehen sollten, mit der Ablehnung jedes weiteren Verhandels und Zusammenarbeitens erwidern müßte.

So der Minister. Er verlangt also von den Polizeibeamten-Verbänden nichts Geringeres, als daß sie ihre Statuten der Auffassung der Regierung gemäß abändern, das heißt, den Ansprüchen auf volle Koalitionsfreiheit aus ihren Satzungen löschen. Er fügt unter Bezugnahme auf den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands hinzu, was geschehen wird, wenn die organisierte Beamtenschaft sich diesem Diktum nicht fügt. Tann lehnt der Minister jedes weitere Verhandeln mit ihnen ab.

Wir geben zu, daß sich der Polizeiminister bei der Lösung der Frage nach dem Umfang des Koalitionsrechts seiner Beamten in einer besonders schwierigen Lage befindet. Die für ihn in Frage kommende Kategorie von Beamten ist in militärischen Verbänden organisiert, und diese müssen, wenn sie in der von der Regierung gewünschten Art als Hüter der Staatsautorität wirksam werden sollen, einer militärischen Disziplin unterworfen sein. Die deutschen Polizeibeamten sind Soldaten mit Beamtencharakter. Die militärische Disziplin aber ist mit der Koalitionsfreiheit der Beamten unvereinbar.

Aber diese Zwitterstellung der Polizeibeamten sollte das Ministerium erst recht berücksichtigen, an die Erzielung der Beamtenfragen mit äußerster Vorsicht heranzutreten. Was Minister Eberling herausgibt, ist auch nur eine der üblichen Verfügungen, die einseitig den Gedanken der Staatsautorität betreffen und die Beamtenschaft nur als Waffe dieser Staatsautorität betrachten, auch als Waffe gegen streikende Arbeiter, wenn die Interessen der Staatsautorität es wünschenswert erscheinen lassen. Auch Eberling verneint, daß die moderne Beamtenschaft eine soziale Schicht darstellt, deren Lage sie immer mehr an die Seite der industriellen Arbeiterklasse drängt. Er verneint, daß die Staatsregierung und die Gesellschaft in der Verhandlung der Beamtenfrage darum nicht einseitig ausgehen dürfen vom Gedanken der Staatsautorität, sondern gleichzeitig die sozialen Bedingungen des Berufsbeamtenstandes zu beachten haben.

Wenn Eberling also der Meinung ist, daß sich die völlig freie Ausübung des Koalitionsrechts mit der Erfüllung der Beamtenpflichten nicht vereinbaren läßt, dann muß er die Beamtenschaft einen anderen Weg zeigen, auf dem sie ihre wirtschaftliche Interessenvertretung mit sicherem Ergebnis verfolgen kann. Wir heben wiederholt darauf hingewiesen, daß unter Verzeichnung an das moderne Arbeitsrecht besondere Vertretungsformen für die Beamtenschaft geschaffen werden müssen, die, im Verein mit besonderen Schlichtungsorganen, die Föhrung der wirtschaftlichen Interessen der Beamten sicherstellen und zugleich als Streitverhütungsmittel wirken, sofern die Verbände eine Streitverhütung überhaupt anstreben. Die Beamtenschaft, die sich den Polizeibeamten gewachsen ist, macht derartige Maßnahmen hier vor allem notwendig, und es wäre unserer Pflicht, diese Bemerkungen nach dem besten Können in die Verfügung gerade für Eberling, an einem solchen Versuch heranzutreten. Um hier zum Ziele zu gelangen, ist allerdings ein enger und freundschaftliches Zusammenarbeiten des Ministeriums mit den Beamten notwendig, das aber durch den Minister schon unmöglich gemacht wird, wenn er die Beamtenverbände, die sich seiner Verfügung nicht willig unterwerfen wollen, mit „weiteren Maßnahmen“ bedrückt.

Keine Nachrichten

Der Elb-Vertrag steht. Wie bereits berichtet, sollte am Sonnabend vor dem Schlußbericht des Landrats die Verhandlung wegen der früheren Offiziere des Freikorps Eberling, Minister von Sachsen und Leutnant Eckhalla stattfinden, die wegen der Entziehung des Amtesmilitärs Wahmann und des Reuters Arabomles aus der Hofmarkstraße während der Unruhen im März 1919 des Hofmarschalls von der Hofmark in dem Verbrechen angeklagt waren. Für den Termin waren zahlreiche Zeugen, darunter auch der Kommandeur des Freikorps, Major von Elbort, und einige andere Offiziere geladen. In letzter Stunde mußte der Termin, wegen Erkrankung eines der nicht geladenen Zeugen auf einen anderen Termin vertagt werden.

Vom Schlachteld der Arbeit. Aus Neuland wird berichtet, daß die Arbeit in der Bauindustrie in Neuland im Laufe des Monats im allgemeinen auf dem Niveau des Monats verblieben ist. Die Zahl der im März 1921 unter dem Titel „Leben“ erschienenen „Neuländer“ (Sonderausgabe) betrug 10000 Exemplare. Die Zahl der im März 1921 unter dem Titel „Leben“ erschienenen „Neuländer“ betrug 10000 Exemplare.

Konfessioneller Wahlsieg in England. Bei der Wahl in Cambridge wurde der unabhängige Kandidat Sir Douglas Newton mit 10807 Stimmen über den Arbeiterkandidaten, der 6654 und über den unabhängigen Liberalen, der 5423 Stimmen erhielt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1918 hatte der Koalitionsunionist 11553 und der Arbeiterkandidat 3793 Stimmen erhalten.

Unabhängige Kritik des Steuerkompromisses

Die Rechtssozialisten sind durch ihre Zustimmung zu dem Steuerkompromiss in eine schwierige Situation geraten. Seitdem die Wirkungslosigkeit der im Anfang von ihnen hochgepriesenen Erbschaftsfinanzreform infolge der Geldentwertung allgemein erkannt worden ist, haben auch sie sich gezwungen gesehen, den Besitz wegen seiner geringen Opferfähigkeit, der systematischen Steuerhinterziehung, der Kapitalflucht, festig anzugreifen und zum Ausgleich für die großen Lasten, die der Arbeiterklasse infolge der Geldentwertung und der scharfen Lohnbestrafung auferlegt worden sind, eine ausreichende Besteuerung zu verlangen.

Nur eins hätte die Belastung des Besitzes sichergestellt, nämlich die Ordnung der Finanzen des Reiches durch die Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt, wodurch die Einstellung der Tätigkeit der Rentenpresse, der Abbau der Geldentwertung ermöglicht worden wäre. Daß dieses Ziel durch die heutige Finanzreform nicht erreicht wird, daß die gewaltigen Steuerlasten die Geldentwertung nicht einmal zu verlangsamten vermögen, müssen selbst die eifrigsten Verteidiger des Steuerkompromisses in den Reihen der Rechtssozialisten zugeben. An sachlichen Argumenten zur Rechtfertigung der Zustimmung ist also ein bedenklicher Mangel, so daß es nicht erstaunlich ist, daß man sich der fremden Krücken bedient, die in der Argumentation Anderer gegeben sind.

So erlebt man denn täglich das Schauspiel, daß die Rechtssozialisten ihre Haltung nicht mit eigenen Ermächtigungen zu rechtfertigen suchen, sondern sich häufig berufen auf — Hesse, der natürlich auch jetzt über die Unerträglichkeit der Besteuerung jammert. Zeigt das schon eine starke Verlegenheit, die die notwendige Folge einer den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und den sozialen Verhältnissen nicht Rechnung tragenden Haltung ist, so noch mehr der Einwand, daß ja auch wir, die Gegner des Kompromisses von links, uns zum Beweise für die Erfolge, die die Besitzenden durch das Steuerkompromiss erzielt haben, auf den Volkspartei-Redner Becker berufen.

Es besteht hierbei nur ein kleiner Unterschied, den man nicht übersehen darf, wenn man Anspruch auf sachliche Polemik macht. Die Darstellungen des Dr. Becker über die Erfolge der Volkspartei beim Abschluß des Steuerkompromisses, die er gestern in einer geschickten Polemik gegen Hesse in einzelnen Belangen, stützen sich auf Tatsachen, werden, soweit sie das Schritt-für-Schrittweise Zurückhalten der Rechtssozialisten in den Kompromissverhandlungen erkennen lassen, die auch von ihrer Seite nicht angefochten wurden. Hesses Argumentation dagegen ist milde ausgebrochen, trügerisch und irreführend, was selbst von den Rechtssozialisten unabhörlig festzustellen wurde. Die Berufung auf Becker ist deshalb ebenso beweiskräftig, wie die auf Hesse, die ebenfalls beweiskräftig ist.

Aber daß es nicht einmal dieser Berufung auf Becker bedarf, um die Unzulänglichkeit des Steuerkompromisses darzulegen, zeigte die Rede des Genossen Henke. Er vermied es, sich fremder Krücken zu bedienen, legte aber dafür mit um so größerem Nachdruck dar, daß sich der Besitz nicht nur bloßer den Lasten mit Erfolg entzogen habe, sondern daß er auch jetzt trotz seiner ungeheuer gesteigerten Leistungsfähigkeit überaus schonend behandelt worden sei und daß das Steuerkompromiss wegen seiner starken Verbrauchsbelastung und des Fortdauerns der Geldentwertung für die Arbeiterklasse eine neue Periode der Verelendung einleitete.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte eine Unterbrechung, weil die Regierungsvertreter nicht anwesend waren. Da auch später das Haus eine überaus schwache Beteiligung aufwies, so wurde von der Unabhängigen Fraktion ein Verlagsantrag gestellt. Mit Hilfe des Namensaufrufs, der den im Hause verstreuten Abgeordneten Gelegenheit gab, rasch herbeizukommen, ergab sich aber die Beschlussfähigkeit. Zur Vergeltung beantragten dann die Rechtssozialisten namentliche Abstimmung über den Verlagsantrag. Sie ergab die Ablehnung des Antrages, so daß das sechzigfache Aufsichtsratsmitglied Dr. Fischer (Dem.) noch seine Rede vom Stapel lassen konnte.

Sitzungsbericht

Freitag, den 17. März 1922

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 10 Min.

Kleine Anfragen.

Abg. Anner (U.S.P.): Welche Länder haben den von der Regierung bewilligten Vorschlag zur Reduzierung eines Teils der Kosten zur Behebung der Notlage der Kleinrentner erhalten, und was denkt die Regierung zu tun, um den Kleinrentnern schnell und reichlich zu geben?

Ein Regierungsvertreter: Eämtliche Länder haben die von ihnen beantragten Zuschüsse auf ihren Anteil erhalten, bis auf ein kleines Land, mit dem ich noch in Verhandlung stehe. Es darf angenommen werden, daß in sämtlichen Ländern das Doppelte der von mir geleisteten Zuschüsse aufgebracht wird. Die Reichsregierung sowie die Regierungen der Länder sind dauernd bemüht, die Notlage der Kleinrentner durch Maßnahmen der sozialen Fürsorge nach Möglichkeit zu mildern.

Abg. Anner (U.S.P.) zur Ergänzung: Was soll reichsregierungsseitig direkt geschehen für den gebrechlichen und erwerbsunfähigen Rentner, der nach einem arbeitsamen Leben durch die rasch steigende Geldentwertung im Alter vor der Vernichtung der eigenen Existenz und vor dem Eingang zum Armenhaufe steht?

Ein Antworter: Erfolgt nicht.
Die Sitzung wird wegen schwacher Beteiligung des Hauses und wegen Abwesenheit der Regierungsvertreter auf 2 Uhr vertagt.

Fortsetzung der Steuerberatung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhält das Wort der Abg. Becker-Effen (D.D.). Ueber die falsche Einstellung des Reiches hürten wir uns anlässlich der Haltung der Freie sowohl wie der Redner der Linken nicht wundern. Herr Bernheim hat hier gestern angeführt, die Sachwert- und nicht als Sachwert zu machen als über den Preis der Sachwert. Die Deutschnationalen sollten auch noch einmal nachprüfen, ob sie nicht bei dem gegenwärtigen Kompromiss nach dem Grundgedanken des kleineren Übels verfahren müssen.

Wir sind nicht erstarrt über das Kompromiss.

Aber die betrübten Mienen finden sich eigentlich auf der Seite der Linken. Wir haben bei dem Kompromiss erreicht,

daß die Vermögenssteuer für die deutsche Wirtschaft extrahiert, der Tarif wesentlich abgeschwächt, die Anwartschaften beseitigt wurde und die Körperschaftsteuer verunflößt worden erhielt. Und jetzt Ende ist auch die Steuerfreiheit der Genossenschaften beseitigt. Es ist schließlich auch etwas, das eine Oppositionspartei bestimmt: diese uniere Richtlinien werden die Richtlinien der künftigen Regierung sein. Sorgen Sie, Herr Hesse, dafür, daß diese Richtlinien strikte durchgeführt werden. Das scheint mir praktische Politik zu sein.

Abg. Herold (Centr.): Durch hohe Steuern allein ist eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens nicht herbeizuführen. Das größte Monopol der Welt, die Eisenbahnenverwaltung, erfordert Zuschüsse vom Reich, statt ihm aus Ueberschüssen Zuweisungen zu machen. Die Zwangsanleihe wurde von den Sozialdemokraten gefordert. Die Kompromissparteien mühten sich um Zustimmung. Die Vertretung eines so großen Teils der Bevölkerung, wie die Sozialdemokratie sie hinter sich hat, können wir nicht ohne Beachtung lassen. Die Sozialdemokraten arbeiten positiv mit, während die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sich seit Ausbruch der Revolution in schärfster Negationspolitik äußern. Die Reparationslasten müssen ganz wesentlich herabgesetzt werden. (Beifall beim Centrum.)

Abg. Henke (U.S.P.):

Wer die Beschlüsse des Steuerkompromisses gelesen hat, weiß, daß es der Deutschen Volkspartei gelang, der Sozialdemokratie manches abzuwinden, was der Deutschen Volkspartei große Vorteile eintrug. Aus dem Lob, das die Rechtssozialisten von allen bürgerlichen Parteien, die Deutschnationalen ausgenommen, erhalten haben, sollte ihnen zum Bewußtsein kommen, wie sehr sie sich für den Kapitalismus verdient haben. Ueber die Früchte dieser Koalitionspolitik wird sich die Arbeiterklasse draußen ihre eigenen Gedanken machen. Die Arbeiter, die heute zur Sozialdemokratischen Partei stehen, werden sehr bald erkennen, wie verderblich sie von den Rechtssozialisten beraten sind. Die Ausführungen Dr. Beckers lassen erkennen, daß die Deutsche Volkspartei in Herrn Bernheim ihren Finanzminister erklikt. Bernheim ist den bürgerlichen Parteien sehr weit entgegengekommen, trotzdem hat er Dr. Becker nicht zufriedenstellen können. Herr Becker meinte auch, die Arbeiter hätten ihre Steuerbeiträge durch Lohnverbesserungen restlos wieder weggenommen. Das ist ein Schwindel. (Beifall links.) Wenn die Arbeiter wirklich noch außerordentlichen Schäden den Steuertragern wieder eingebracht haben, sind die Preise der Waren bereits wieder so weit gestiegen, daß neue Anträge um den Lohnausgleich erfüllt werden müssen. Nach Dr. Becker sollen die Steuerleistungen für die Besitzenden heroische Mittel darstellen. Ich glaube,

er hat selbst innerlich gelacht.

als er das sagte. (Sehr wahr! links.) Die heroischen Mittel sind doch in Wirklichkeit herbeizuführen, daß schlimmstenfalls den Unternehmern aus einer Tasche gekommen wird, um es ihnen in die andere wieder hineinzuschicken. Sie sollen doch nach Herrn Dr. Becker zum großen Teil dazu verwendet werden, daß die deutschen Kapitalisten für Sachlieferungen zur Reparation ihr Geld erhalten.

Die Besitzenden sind weit entfernt davon, die ihnen auferlegten Steuern auch zu entrichten. Nach dem Stand der Einkommen hatten 45 Milliarden Mark Einkommensteuer einzahlen müssen. Es ist kaum die Hälfte eingekommen. Die Kriegsgewinner sollten seinerzeit bis auf 172000 M. von einer Million ihren ganzen Kriegsgewinn an den Staat zahlen. Aber die Kapitalisten haben es damals verhindert, ihr Kapital in unruhigen Massen ins Ausland zu verfrachten, sich Gemälde, Teppiche usw. zu beschaffen, aber keinen dieser Werte zu versteuern. Schließlich wurden aus den 100 Prozent, die sie zahlen sollten, 20 Prozent, die die Besitzenden haben auch vermocht, die „großen Opfer“ auf die Verbraucher abzuwälzen. (Sehr richtig!) Die kleinen Leute sind mit Steuern überlastet worden, die eigentlich von den Besitzenden, von den reichen Kriegsgewinnern hätten bezahlt werden müssen. Für die Belastung, die der Besitz durch die Steuern erfahren hat, ist charakteristisch, daß ein Besitzer von Waldungen einmal jemandem sagte, den er in seinen Eichenwald führte: „Sehen Sie sich diese zwei Eichen an, das ist mein Reichsnotopfer.“ (Lacht, hört!)

Eicher ist auch, daß in Frankreich und England auch die Steuern besser bezahlt werden. Nicht weil die Besitzenden dort steuerfreudiger sind, sondern weil die Geldentwertung nicht so weit fortgeschritten ist, die Steuern nicht in dem Maße hinterzogen werden können wie bei uns. Schon vor dem Kriege haben sich die Besitzenden, besonders die Konservativen, die Agrarier, dem Steuerwiderstand gelehrt. Wer ist schuld daran, daß wir heute in Deutschland ein solches Finanzleben haben? Herr Hesse! Er hat sich bei seiner Steuerpolitik, wie bei seiner ganzen sonstigen Politik, als ein Kommissar der besitzenden Klassen bewiesen. Die Ausführungen Hesses waren von der gleichen Art wie die eines Ringelblatts, das heute in der Strassenbahn verteilt wurde, auf dem die „Freiheit“ in Deutschland für all das Geld, die Not, die Teuerung usw. verantwortlich gemacht wird, und das schließt: „Kommt zur Deutschnationalen Volkspartei!“ (Weiter links.)

Herr Bernheim hat hier erklärt, es könne mit der deutschen Finanzpolitik so nicht weiter gehen. Aber dann hat er sich mit allem abgefunden. „Wir wurden überstimmt“, sagte er einfach. Wir haben von Herrn Becker gehört, daß die Sozialdemokraten schließlich ihr Ja gesagt haben, sich aus voller Anstalt zur Aufgabe von Forderungen verstanden, die sie vorher mit uns gemeinsam in den Ausschüssen vertreten haben, wie z. B. die 10 Forderungen der Gewerkschaften, die Besteuerung nach dem gemeinen Werte u. a. Dann hat Herr Bernheim uns zum Vorwurf gemacht, daß wir ihre Steuerpolitik nicht mitmachten. Er hat gemeint, wenn die Rechtssozialisten nicht da wären, mühten wir so handeln wie sie.

Rein, wir passen uns dem Willen der Koalitionsparteien nicht an. (Sehr wahr! bei der U.S.P.), weil wir es nicht nötig haben, weil wir nicht mit den Koalitionsparteien verheiratet sind wie die Rechtssozialisten. (Beif. Beifall bei den U.S.P.) Die Politik der Rechtssozialisten ist die Folge ihres knochenweichen Reformismus (Sehr richtig! bei der U.S.P.), zu dem sich Herr Bernheim vor Jahrzehnten zuerst bekannt hat. Herr Bernheim meint, seine Partei fürchte eine Reichsstaatsauflösung nicht. Wir auch nicht. (Beif. Sehr richtig! bei den Unabh.) Mit dem Mantelstück wird der Reichsregierung eine weitreichende Mandatsvollmacht ausgestellt. Wir können dem Mantelstück nicht zustimmen, schon deshalb nicht, weil ein Mann wie Herr Bernheim an der Spitze des Reichsfinanzministeriums steht. (Sehr richtig! bei der U.S.P.)

Die ganzen Steuerentwürfe sind Steuerflüchtler.

Die Gesamtbelastung auf den Kopf der Bevölkerung beträgt 176380 M., wie kürzlich nachgewiesen ist, oder auf eine fünfköpfige Familie beinahe 8000 M. (Lacht, hört!) Aber Bedingung ist nicht, es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß das Budget gekürzt wird und wir in kurzer Zeit wieder vor denselben Schwierigkeiten stehen werden. Es wird sich herausstellen, daß das Steuerkompromiss nicht im entferntesten den Zweck erreicht, der damit erreicht werden soll. Die Zwangsanleihe wird nicht imstande sein, zu erfüllen, was man an Hoffnungen darauf gebaut hat. Die Zwangsanleihe wird vielleicht 65 Milliarden Mark

bringen. Dann wird sie aufgehoben? Was wir an Zunahmen der schwebenden Schuld bis dahin zu verzeichnen haben werden, wird so hoch sein, daß die Zwangsanleihe nicht im entferntesten ausreicht, das Gleichgewicht herzustellen. Es wird ein neues großes Defizit geben, das durch Papiergeld „gedeckt“ werden muß.

Die Sozialpolitik macht keine Fortschritte zugunsten der Arbeiter, obwohl niemals ein Fortschreiten der Sozialpolitik notwendig war. Das Unternehmertum sucht den Achtundzestag zu beseitigen, bedroht das Streikrecht der Arbeiter. Der Reichsarbeitsminister ist ein Mann nach dem Herzen der Unternehmer, aber nicht der Mann für ein Reichsarbeitsministerium, wie die Arbeiter es verstehen.

Die Politik der Hesse und Konsorten wird nicht zur Revision des Friedensvertrags (Sehr wahr!), sondern zu noch schärferem Druck führen. (Sehr wahr!)

Das Steuerkompromiss steht im Zeichen des Großkapitals.

Es kommt mit Zustimmung der Mehrheitssozialisten zustande in einer Zeit, wo der schrecklichste Getreidehunger und anderer Hunger getrieben wird; es kommt zustande in einer Zeit, wo der Gesundheitszustand des Volkstums denkbar tiefsten Punkt erreicht hat, wo das Elend der Bevölkerung unerträglich geworden ist. Man legt den Vertretern der Besitzenden keine Schranken an bei ihrem Bemühen, die Steuerlasten von sich ab- und den Unbemittelten aufzuwälzen. Die Arbeiter und Beamten sind bereits mit Steuern überlastet. Sie werden durch dieses Steuerkompromiss weiter belastet. Die Besitzenden brücken sich weiter. Wir aber sagen Ihnen: Durch dieses Steuerkompromiss laden Sie eine schwere Schuld auf sich. Sie werden Wind sät und Sturm ernten! (Beif. Beifall bei den U.S.P.)

Abg. Geher (D.D.) beantragt Vertagung wegen schlechter Beschaffenheit des Hauses. (Sehr wahr! links.) beantragt die Beschlussfähigkeit. Da das Bureau über die Beschlussfähigkeit nicht einig, ordnet Präsident Loebe Namensaufruf an. Der Saal beginnt sich allmählich wieder zu füllen.

Durch Namensaufruf wird festgestellt, daß inzwischen wieder 288 Abgeordnete erschienen sind. Die Rechtssozialisten beantragen namentliche Abstimmung über den von dem Abg. Geher (D.D.) eingebrachten Vertagungsantrag. Der Antrag wird mit 249 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Abg. Fischer (Dem.): Die Steuerentwürfe, die ein großes Opfer des Besitzes bedeuten, lassen kaum den inneren Wert, die Erfüllung der Reparationslasten kann dabei nicht berücksichtigt werden. Wir befinden uns tatsächlich in einer Wirtschaft, die nur durch eine Verringerung unserer Ausgaben, durch Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse, gehoben werden kann. Wir haben eine Resolution eingebracht, die die schleunigste Schaffung einer stabilen Wertseinheit fordert. Die Inflationsmethoden der Regierung sind falsch, es muß ein Mittel zur Veranlassung für die Erhaltung der Reparationslasten gefunden werden, die festgelegt, wie hoch die Kaufkraft der abzuliefernden Summe sein muß. Das Kompromiss, das jedem Deutschen als eine Notwendigkeit vor Augen steht, hat steuerpolitisch und finanzwirtschaftlich viele Mängel. Als Gegenforderung verlangen wir, daß das Jahr 1922 nicht zu neuen Experimenten an der deutschen Wirtschaft benutzt wird.

Reichsfinanzminister Bernheim (mit Danksagen: Drei-Mark-Steuer) antwortet: Die Politik Bernheims an den neuen Steuerentwürfen muß die deutschen Lebensinteressen der Bevölkerung. Die deutsche Einkommensteuer war mit 20 Milliarden veranschlagt. Bis jetzt sind schon fast 24 Milliarden veranschlagt worden. Man kann mit einem Erlös von bestimmt 23 Milliarden rechnen. In Frankreich hat die Einkommensteuer auftritt der veranschlagten 2,7 Milliarden Francs nur 1,1 Milliarden erreicht.

Die verabschiedeten Bemerkungen der Abg. A. Fischer (Dem.) und Bernheim (SPD) wird die Vertagung abgelehnt.

30. Sitzung: 20. März 1922. — Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Preussischer Landtag

Freitag, den 17. März 1922

Fortsetzung der Beratung des Handels- und Gewerbe-Gesetzes.

Abg. Allan (SPD) beschäftigt sich zunächst mit den Schulreformen in gewerblichen Fortbildungsschulen, denen man Schwierigkeiten bereite. Die Lehrerbildung müsse besser werden. Das landwirtschaftliche Fortbildungsschulwesen werde von der Reaktion beherrscht. Redner fordert die Angleichung an das Unterrichtsministerium.

Abg. Osterroth (SPD) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen der Abgeordneten Fischer und Engberging, in bezug auf die Duisburger Forderungen.

Abg. Christian (U.S.P.): Es ist nicht angebracht, die Werkstätten als eigene Einrichtungen bestehen zu lassen, besonders in Gemeinden, wo sich Berufsschulen mit hauptamtlicher Leitung und Lehrkräften befinden. Junge Leute von 14—18 Jahren dürfen als Pflichtschüler keineswegs den privaten Werkstätten überlassen werden, in denen sie nur einseitig ausgebildet werden. Redner polemisiert gegen eine dementsprechende Verlegung des Bundesministeriums, der einen Rückschritt bedeute. Hier muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden.

Abg. Frau Dönnert (SPD): Im Gegensatz zu Frau von Tilling fordert wir die Unterrichtszeit der Fortbildungsschulen innerhalb der Arbeitszeit. Nach der beruflichen Tätigkeit wird der Erfolg illusorisch, weil die körperlich ermüdeten Anaben und Mädchen dem Unterricht nicht mehr folgen können. Die praktische Ausbildung der Gewerbelehrlinge läßt viel zu wünschen übrig.

Nach unwesentlichen Ausführungen einer ganzen Reihe weiterer Redner fordert Genossin Dönnert den Ausbau der Schulen an den Strassenstellen und die Heranziehung besonders geübter Lehrkräfte. Es folgen weitere Ausführungen hiesiger Redner. Die Abstimmung über den Etat wird auf Dienstag, den 27. März vertagt.

Sobann tritt das Haus in die Beratung der Herabsetzung der Kommunalabgabenbesetzung (Weitererhebung der Gemeindeabgaben) ein. Das Gesetz wird debattiert angenommen. Ferner wird ein Beschlusstext über die Erhebung von Zuschüssen zur Grunderwerbsteuer angenommen. Ein weiterer Beschlusstext, der die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbanisierung von Staatsfinanzen fordert, wird dem Stadtkommissionar ausgesetzt überwiesen. Ein Antrag Siesing und Gen. (SPD) auf Vorlage eines Moerichsches findet Annahme.

In der nun folgenden ersten Beratung des Beschlusstextes über die Neuordnung der kommunalen Verwaltung und Verfassung der Ostmark brechen sich die Abgeordneten v. Alvensleben (D.D.) und Mallat (R.D.) für die Annahme aus, während sich der Abgeordnete Paulett (SPD) dagegen wendet.

Abg. Leib (U.S.P.): Auch wir sind für die Reform der Gemeindeverwaltung. Aber wir sind nicht geneigt, diesen Beschlusstext zuzustimmen, bevor wir nicht wissen, wie die von der Regierung vorgeschlagene neue Gemeindeverwaltungsreform ausfällt. Wir können das Brochen der Regierung nicht unterstützen, lediglich für die Ostmark ein Sonderrecht zu schaffen, indem die Deutschnationalen bereitwilligweise ein erhebliches Interesse haben. — Abg. Wogner-Ostpreußen (R.D.): Auch wir lehnen den Beschlusstext ab. — Der Entwurf wird dem Beratungsausschuss überwiesen.

Die Märzgefallenen

Ich öffne ein kleines Bitter. Die Märzgefallenen. Ueber den Weg, durch welches Laub, hüpfen Schwarzdrosseln, um verwitternde Kreuze im Sonnenlicht spielen glührende Fäden. In einer Ecke, — der Esen blinkt, ich blicke mich — auf einem Stein liegen Rosen. Dünne Ranken, graues Moos und Tautropfen. Die alten Buchstaben sind kaum mehr zu lesen. Mit Mühe entzifferte ich: „Ein...un...be...kann...ier...Mann.“ Arno Holz.

Bedrohte Gemeindeschulen

Die Elternschaft der 218. Gemeindeschule am Petersburger Platz fühlt sich nach wie vor stark beunruhigt durch die von der Schuldeputation angelegte Auflösung der Schule. Eine überaus stark besuchte Elternversammlung beschäftigte sich dieser Tage mit dem Gegenstand und beschloß folgende Resolution:

Die Elternversammlung der 218. Gemeindeschule lehnt grundsätzlich die Maßnahmen der Schuldeputation zur Auflösung der 218. Gemeindeschule ab. Die Versammlung ist der Meinung, daß es keine Gründe gibt, die eine Auflösung von Schulen rechtfertigen können. Werden Räumlichkeiten für eine besondere Schulart (Fortbildungs- und Gewerbeschule) benötigt, so darf es nie auf Kosten anderer Schularten geschehen, besonders nicht auf Kosten der Volksschule, die für uns die Grundlage der Einheitschule bedeutet. Sie fordert deshalb von der Schuldeputation, daß sie von der Auflösung der 218. Gemeindeschule Abstand nimmt. Die Elternschaft in Gemeinschaft mit Lehrerkollegium und Elternbeirat verpflichtet sich, mit allen gesetzlichen Mitteln dafür einzutreten, daß die geplante Auflösung der 218. Gemeindeschule nicht zustande kommt.

Auch die Lehrerschaft übt an den beabsichtigten Maßnahmen der Schuldeputation abfällige Kritik. Die U.S.P.-Praktiker der Freien Lehrergewerkschaft spricht in einer an uns gerichteten Zuschrift ihre Empörung darüber aus, daß in dieser Weise am Bestand der Gemeindeschulen gerüttelt wird. Sie erwartet von den Stadtverordneten unserer Partei, daß sie die Schuldeputation in geeigneter Weise zur Verantwortung ziehen. Im übrigen soll nicht nur die 218. Gemeindeschule, sondern auch die 20. Gemeindeschule in der Walbemarstraße mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen werden. Die U.S.P.-Lehrer sind der Meinung, daß es in Berlin trotz aller Raumnot möglich sein müßte, genügend Räume für Fortbildungs- und Gewerbeschulen zu gewinnen, ohne daß Volksschulkinder bedroht werden aus ihren Schulen vertrieben werden müssen. Nur eine kurzfristige Politik könne Schulen hergeben, die schon jetzt voll besetzt sind und noch dringender benötigt werden, wenn sich erst die Steigerung der Geburten nach Beendigung des Krieges durch die größere Zahl der einzuschulenden Kinder bemerkbar machen wird.

Zu den vorstehenden Ausführungen möchten wir bemerken, daß nach den Erkundigungen, die wir eingezogen haben, die Durchführung der von den Eltern und Lehrern beabsichtigten Maßnahmen noch keineswegs feststeht. In Erwägung gezogen werden sie allerdings, da die Fortbildungs- und Gewerbeschulen nur durch außerordentliche Maßregeln einigermaßen der Raumnot abhelfen können, unter der sie zu leiden haben. Daß die Fortbildungs- und Gewerbeschulen aber nicht minder wichtig sind als die Volksschulen, bedarf keines Wortes. Die

Elternschaft und die Lehrer sind sich hierüber auch vollkommen klar. Was sie verlangen, und mit vollem Recht verlangen, ist die Sicherstellung beider Schularten. Es geht natürlich nicht an, die eine gegen die andere auszuspielen. Zugzugeben ist freilich, daß die Schuldeputation sich in einer Zwangslage befindet, aus der es nicht ohne weiteres einen Ausweg gibt. Trotzdem muß ein solcher gefunden werden. Die Dinge wären auch nie so weit gediehen, wenn nicht vielfach Schulen zu Bureauzwecken von den Bezirksämtern beschlagnahmt worden wären. Dies ist nicht nur im Bereich des Bezirksamtes Friedrichshain der Fall gewesen zu dessen Zuständigkeit die 218. Gemeindeschule gehört, sondern auch in anderen Bezirken.

Die glücklichste Lösung würde darin bestehen, die betreffenden Schulen ihrem ursprünglichen Zweck zurückzugeben. Wie auch immer aber die Lösung beschaffen sein möge, so wird es von Vorteil sein, sie nur im Einvernehmen aller beteiligten Stellen, das sind in diesem Falle die Eltern und

Öffentliche Volksversammlung

für Männer und Frauen am Dienstag, den 21. März, abends 7 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tagesordnung: Der Reichsgesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Julius Moses. Diskussion. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Lehrer auf der einen Seite und die Behörden auf der anderen Seite, herbeizuführen. Es wird Sache der in kommunalen Ämtern tätigen Genossen und Genossinnen sein, die hierfür erforderliche Verbindung herzustellen.

Ein Arbeitsgebiet für den Staatsanwalt

Molkereibesitzer sabotieren die Milchversorgung für Säuglinge.

Seit geraumer Zeit wird Beschwerde darüber geführt, daß die Berliner Molkereibesitzer alle Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Säuglinge mit frischem Milchsystematisch sabotieren. Wir haben schon früher Vermunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die zuständigen Behörden diesem gewissenlosen Treiben beinahe untätig zusehen. Jedenfalls ist bis heute noch nichts geschehen, um diesem die Säuglingsernährung aufs Schwerste gefährdenden Verbrechen Einhalt zu tun. Es ist unbegreiflich, daß diesen organisierten und planmäßig betriebenen Gesetzesverstößen nicht mit Rücksicht auf die katastrophale Wirkung sofort aufs energischste entgegengetreten wird. Will man vielleicht die notwendige Energie aufsparen, bis die betroffenen Kreise gegenüber dem verbrecherischen Unternehmen der Molkereibesitzer sich durch Selbsthilfe mehren? Wir zweifeln nicht daran, daß dann sofort Polizei und Gerichte einschreiten würden, und die Beteiligten die ganze Schwere des Gesetzes zu fühlen hätten. Dabel aber sind es die Behörden, die das Publikum zwangsweise auf den Weg der Selbsthilfe drängen. Jedesmal wenn sie angerufen werden einzuschreiten, erfolgt keinerlei Maßnahme und die Molkereibesitzer setzen ihr Verbrechen fort. So wird berichtet, daß dem Milchamt des Moskstraßes wiederholt bekanntgegeben worden ist, welche Verbrechen sich gegen die erlassenen Verordnungen vergangen haben, als Antwort wird mitgeteilt, daß in einer ganzen Anzahl Fällen „einschreiten“ worden ist. Da aber trotzdem überall noch der alte Zustand

herrscht, muß es damit nicht schlimm aussehen. Die Molkereibesitzer sind bekanntlich verpflichtet, einen bestimmten Teil ihrer Milchproduktion den Inhabern von Milchkarten zu dem Preise von vier Mark für ein Liter abzugeben. Schon früher lehnten sie die Annahme von Kartenkunden unter allerhand Vorwänden ab, neuerdings aber verweigern sie überhaupt die Abgabe der Milch auf Karten, oder verlangen dafür den Preis der für den Handel freigegebenen Milch. Zweifellos ist das in allen Teilen der Stadt gleichmäßig angewandte Verfahren zurückzuführen auf die Bestrebungen der Molkereibesitzer, den letzten Rest der noch vorhandenen Zwangswirtschaft für Milch zu beseitigen, um endlich vollkommen freie Bahn zur Ausplünderung der Konsumenten zu haben. Was schert es diesen Kreisen, daß schon heute vielen Säuglingen die unbedingt notwendige Milch vorenthalten wird. Diese dürfen ruhig zu Grunde gehen, wenn nur der Profit sich hebt.

Die Molkereibesitzer machen Rechnungen über angebliche große Verluste bei ihren Betrieben auf. Aber wie wenig glaubwürdig diese sind, ergibt sich daraus, daß sie bestreiten noch Vermögen zu besitzen. Woher werden dann die Verluste gedeckt? Daraus wird der durchaus nicht immer geringe Aufwand bestritten? Wir empfehlen den Finanzämtern sich der Prüfung der Steuerunterlagen der Molkereibesitzer besonders anzunehmen. Vielleicht schickt man gelegentlich Ueberwachungsbeamte in die Veranlagungen der Molkereibesitzer, dann kann man leicht eine Berechnung über das wahrscheintliche Einkommen anstellen. Dann werden die Molkereibesitzer es auch nicht mehr wagen von angeblichen Verlusten zu erzählen. Leicht wird festzustellen sein, daß sie bei der angeblichen Verlosung durch die bestehende Verordnung noch ein sehr gutes Geschäft machen.

Mit aller Entschiedenheit muß sofort eingegriffen werden, jede Sabotage unterbunden und alle Versuche, die Milchlieferung für Säuglinge und Kranke zu ermäßigten Preisen zu beschränken, aufs schärfste entgegengetreten werden. Die Gelder für die Milchverbilligung müssen in Zukunft weniger durch Heranziehung der übrigen Milchkonumenten, als durch die Heranziehung der Produzenten aufgebracht werden, da diese viel eher dazu tragfähig sind.

Bestechung

Mit Rücksicht auf die Weinaffäre des Ministers Dr. Harms ist ein Urteil der 7. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin von Bedeutung darüber, wann im geschäftlichen Verkehr eine strafbare Handlung vorliegt. Das Gericht verhandelte infolge eines Strafantrags des Vereins gegen das Bestechungsabweisen in der Verurteilungsinstanz gegen den Altanierhändler Otto Kuhbach. Der Angeklagte hatte vom Warenhaus Tsch. Berlin, Leipzigerstraße, Altapapier gekauft und verhandelt wegen weiterer Abschlüsse mit dem Hausinspektor der Firma Tsch. Tabel ließ Kuhbach durch einen Angestellten dem Hausinspektor in einem verschlossenen Briefumschlag 50 M. überreichen. Worte wurden dabei nicht gewechselt. Der Hausinspektor nahm den Briefumschlag an, in der Meinung, es sei eine Offerte darin. Er hat nach Entdeckung des Geldes sofort Meldung gemacht. Kuhbach, der vom Schöffengericht verurteilt worden war und die Verurteilung eingeleitet hatte, betonte vor der Strafkammer, es habe ihm jede Bestechungsabsicht gefehlt, die 50 M. sollten lediglich ein Entgelt dafür sein, daß der Hausinspektor ihn anrufe, wenn wieder Altapapier zu verkaufen sei. Die Strafkammer stellte aber fest, daß eine Ausschaltung anderer Firmen bedacht war, und verurteilte Kuhbach wegen Bestechung im Sinne des § 12 des Wettbewerbsgesetzes zu 1000 M. Geldstrafe.

Eine Anfrage über Dr. Kawerau

Einige weibliche Abgeordnete des Preussischen Landtags haben die Frage gestellt, welche Maßnahmen das Kultusministerium getroffen habe, um den Studienrat Dr. Kawerau zu verhindern, in seiner neuen Tätigkeit an der Berliner Sophien-Schule sexuelle und andere für den Unterricht ungeeignete Fragen zu erörtern. Auf diese Anfrage erteilte, wie der amtliche Preussische Pressedienst mittelt, das Kultusministerium folgende Antwort:

„Dem Provinzialschulkollegium ist der Studienrat Dr. Kawerau bei seinem Uebertreten zur Sophien-Schule darauf hingewiesen worden, daß er nach den Vorkommnissen an der Fürstin-Bismarck-Schule, große Zurückhaltung in der neuen Anstalt zu üben habe.“

Kawerau hat erklärt, er halte grundsätzlich eine Besprechung jeglicher Fragen vor der Klasse für pädagogisch unzumutbar.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Schall. Amerikanischer Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin (N. Fortsetzung)

„Ein Zeichner ist's? Na, dem wollen wir mal was hinzulegen!“ versetzte ein magerer, langer Mensch, dem Gerüche nach ein Kürschner, mit giftigem Spott. Er zielte mit dem bleigefüllten Knöchel, traf und nahm meinen Einsatz an sich.

„Na, nun heul' mal los!“ rief er, sich zu mir vorbeugend.

„Drei Kopeken gegen das letzte Paar rechts!“ lautete meine Antwort.

„Auch die will ich mir noch holen,“ sagte der Kürschner, diesmal jedoch verlor er.

Nur dreimal hintereinander darf jeder Spieler sehen, dann muß er, wenn er weiterspielen will, selbst schlagen, während die andern sehen.

Ich gewann noch vier Kopeken und einen ganzen Haufen Knöchel hinzu. Als dann aber die Reihe des Sehens wieder an mich kam, und ich dreimal gesetzt hatte, war all mein Geld verloren. Im selben Augenblick begannen die Klöcker zu läuten, die Gläubigen kamen aus der Kirche — das Hochamt war vorüber.

„Hast die Nase voll, was?“ höhnte der Kürschner. Er wollte mich bei den Haaren nehmen, doch ich entwand mich ihm und lief fort. Ein sonntäglich gekleideter junger Mensch ging vor mir her — ich trat auf ihn zu und fragte höflich:

„Sind Sie zum Abendmahl gewesen?“

„Ja — warum?“ fragte er seinerseits und sah mich mißtrauisch an.

Ich bat ihn, mir zu sagen, was der Priester beim Austeilen des Abendmahls tue und spreche, und wie derjenige, der das Abendmahl empfängt, sich dabei zu verhalten habe.

Der Bekragte sah mich voll Entrüstung an und brüllte auf mich los:

„Verdammtter Keher — das Abendmahl hast du geschwänzt? Nein, nun sag' ich dir gerade nichts, mag dir dein Vater nur das Zell vergerben!“

Ich lief nach Hause, fest überzeugt, daß man mich ganz genau austropfen und bald dahinterkommen würde, daß ich nicht zum Abendmahl gegangen war.

Es ging jedoch alles glimpflich ab, man beglückwünschte mich, und nur die Alte fragte:

„Was hast du denn dem Küster für das warme Wasser gegeben?“

„Ahnf Kopeken,“ antwortete ich aufs Geratewohl. „Drei hätten's auch getan, Dummkopf — hältst zwei für dich behalten können!...“

... Der Frühling ist da. Jeder neue Tag trägt ein neues Kleid, und eins ist immer bunter und leblicher als das andere. Es duftet so berauschend nach jungem Gras und frischem Birhengrün, und es zieht und lockt so unwiderstehlich ins Feld hinaus, wo man, mit dem Rücken auf der durchwärmten Erde liegend, der Lerche lauschen kann. Ich aber muß die Winterkleider ausklopfen und in die Spindeln einräumen helfen, muß Tabak schneiden, die Möbel austauben und vom Morgen bis zum Abend hundertlei andere unangenehme und für mich zwecklose Dinge treiben.

In wenigen Ruhestunden weiß ich wirklich nicht, was ich anfangen soll. In unserer ärmlichen Straße ist es trübselig leer, und weiter hinaus darf ich nicht gehen. Auf dem Hofe tummeln sich die brummigen, abgearbeiteten Wallgräber und die zerzausten Köchinnen und Waschmädchen, Abend für Abend gibt es „Hundehochzeit“. Das alles ist mir so zuwider, daß ich blind zu sein wünschte, um es nicht zu sehen.

Ich steige auf den Boden hinauf, eine Schere und buntes Papier in der Hand, verarbeite dieses zu allerhand krausen Spitzen und schmückte damit die Dachsparren aus — es vertreibt mir wenigstens die Langeweile. Eine geradezu schmerzliche Sehnsucht erfüllt mich, irgendwohin zu gehen, wo die Menschen weniger schlafen, sich weniger zanken, dem lieben Gott nicht so zudringlich mit ihren Klagen auf dem Halbe liegen und über ihresgleichen nicht so boshaft urteilen. . . .

... Am Sonnabend in der Osterwoche bringt man aus dem Dransker Kloster das wunderliche Bild der Muttergottes von Wladimir nach der Stadt. Sie bleibt da bis Mitte Juni zu Gaste und besucht alle Kirchensprengel, alle Häuser, jede einzelne Wohnung. Zu uns

kom sie eines Tages mitten in der Woche, ganz früh am Morgen. Ich war gerade in der Küche mit dem Putzen des Kupfergeschirres beschäftigt, als vom Wohnzimmer her der ängstliche Ruf der jungen Frau ertönte:

„Öffne den Salon! Sie bringen die Dranskerin!“

Schmutzig, wie ich war, die Hände voll Teig und Ziegmehl, stürzte ich davon, um die Tür zu öffnen. Ein junger Mönch mit einer Laterne in der einen und dem Weihrauchschaf in der anderen Hand knurrte mich leise an:

„Na, schlafst ihr hier? So hilf doch...“

Zwei brave Bürger schleppten den schweren Heiligenstein die enge Treppe hinauf. Ich sah sie mit meinen schmutzigen Händen zu, um ihnen zu helfen, und stemmte die Schulter gegen den Heiligenstein. Zwei dicke Mönche trottelten schwerfällig hinterher und sangen mit trüber, tiefer Stimme:

„Heilige Gottesgebärerin, bitte bei Gott für u—u—uns!“

Ein beängstigender Gedanke durchzuckte mich: Sie wird mir jürnen, weil ich sie so mit den schmutzigen Händen trage. . . . meine Hände werden verdorren! Das Bild wurde im Ehrenwinkel des Salons auf zwei mit einem sauberen Rahen bedeckte Stühle gestellt. Zwei Mönche, jung und schön wie Engel, helläugig, in voller Lockenpracht, mit freudig leuchtendem Antlitz, traten links und rechts neben den Schrein und hielten ihn fest. Ein kurzer Gottesdienst wurde gehalten.

„O selige Mutter!“ intonierte ein riesiger Pöpe mit hoher Stimme, während er mit dem roten Finger sein unter dem dichten Haarwald hervorlugendes, geschwollenes Ohrschlappchen befaßte.

„Heilige Gottesgebärerin, erbarme dich u—unser!“ sangen die Mönche in müdem Tempo. Ich liebte die Gottesgebärerin. Nach den Erzählungen der Großmutter war sie es, die zum Troste für die armen Leute alle Blumen und Freuden, alles Herrliche und Schöne auf die Erde säte. Als nun die Anwesenden zum Kusse an das Heiligenbild herantraten, machte auch ich mich zu dieser Ehrenbezeugung bereit. In meiner Begeisterung jedoch sah ich nicht, daß die andern nur die Hand küßten, und drückte meinen Ruf mitten ins Gesicht der Heiligen, genau auf die Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

Er erkennt an, daß die Aufklärung der Mädchen Sache der Frau (einer Lehrerin) sei, falls die Eltern nicht in der Lage seien, diese Aufgabe zu erfüllen, und er sieht ein, daß in der augenblicklichen Lage ein besonderer Grad von Zurückhaltung am Platze sei, damit keine Beunruhigung in die Kreise der Schülerinnen und Eltern der Sophienschule getragen werde.

Der Studienleiter der Sophienschule hat erklärt, er habe bisher nicht den geringsten Anlaß anzunehmen, daß Kamerou in seinem Unterricht die Grenzen überschreite, die für einen Lehrer an einer Mädchenschule gegeben sind. Weder von der Elternschaft, mit der der Direktor in steter Verbindung steht, noch von Seiten des Lehrerkollegiums und der Schülerinnen selbst sei ihm eine Beschwerde oder irgendwelche andere Mitteilung darüber zugegangen, daß Kamerou im Unterricht oder außerhalb des Unterrichts, an der Sophienschule Gegenstände berührt habe, deren Besprechung bedenklich sein könnte.

Wir sind neugierig, ob die Sache gegen Kamerou jetzt endlich aufhört.

Die rumänische Güterfremdung

Großes Aufsehen erregte kürzlich ein Diebstahl, der an einer für Rumänien bestimmter Güterfremdung verübt und erst beim Eintreffen der Ware an der rumänischen Grenze entdeckt wurde. Aus einem Waggon, der 88 Kisten und Ballen enthielt, waren 73 verschwunden. Die Berliner Kriminalpolizei setzte sofort mit ihren Ermittlungen ein und kam bald zu der Überzeugung, daß der Diebstahl nur in Berlin vor Abgang des Zuges ausgeführt sein konnte. Es gelang jetzt, den Diebstahl vollständig aufzuklären, die Täter zu verhaften und das ganze gestohlene Gut im Werte von 20 Millionen Mark wieder herbeizuschaffen. Die Täter sind der Spediteur Engelhardt aus der Kolonnenstraße 1 und sein langjähriger Inspektor Jahnke. Engelhardt war seit langer Zeit Spediteur einer Gesellschaft von rumänischen Aufkäufern. Die Güter wurden regelmäßig in den Lagerräumen Engelhardts untergestellt, bis sich (soviel angekauft hatte, daß ein oder zwei Waggon gefüllt werden konnten. Da die Entlohnung Engelhardts nach seiner Aussage sehr gering war, kamen die beiden Verhafteten überein, sich an Gütern der Gesellschaft „schablos“ zu halten. Die Gelegenheit dazu bot sich am 17. Februar, als für eine neue Sendung die Ausfuhrpapiere nicht gleich zur Stelle waren. Während der Wagen einen Tag länger an der Rampe auf dem Militärbahnhof Schönberg stehen bleiben mußte, besorgte Jahnke Fuhrwerke und schaffte 73 Kisten und Ballen nach einer Garage. Nach der Umladung verschloß er den Wagen wieder, so daß nichts zu merken war. Nachdem der rumänische Konsul die Papiere beschafft hatte, fuhr er mit der Sendung ab. Unterwegs wurde aber der Diebstahl entdeckt und der Rest der Sendung kam nach Berlin zurück. Nachdem die Kriminalpolizei durch Verhörungen festgestellt hatte, daß Engelhardt seine Hand im Spiel gehabt haben mußte, verhaftete sie diesen und seinen Inspektor Jahnke.

Nächste Woche zwei Stadtverordnetenversammlungen. In der kommenden Woche finden zwei Stadtverordnetenversammlungen, am Dienstag und Donnerstag, statt. Zu den Hauptgegenständen der Beratung gehören die Gemeindegewerbesteuer, über die der Ausschuß Bericht erstatten wird, und die Verträge über die Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn. Ueber diese wichtige Angelegenheit wird wahrscheinlich nach den Beschlüssen des Ausschusses in geheimer Sitzung verhandelt werden.

Einziehung von rüdtischem Notgeld. Der Magistrat rufte die im Umlauf befindlichen 50-Pfg.-Stadtkassenscheine mit den Jahresziffern 1918, 1919, 1920 (rüne Scheine) zur Einlösung auf. Die Einlösung beginnt mit dem 1. April und endet mit dem 30. Juni. Mit dem 1. Juli verlieren diese 50-Pfg.-Stadtkassenscheine ihre Gültigkeit. Banken und alle öffentlichen Kassen können bis zum 6. Juli die Stadtnoten an die Stadtkassenkasse, Rathaus abliefern. — Um den Geldwechsel auf der Straßenbahn zu erleichtern, hat der Magistrat Gutschein über 2 Mark für die Straßenbahn herstellen lassen. Diese Scheine tragen nicht den Charakter von Notgeld, sondern sie sind lediglich für die Benutzung bei der Straßenbahn bestimmt.

Revision der Wardsache Nagler-Bod. Der Strafprozeß gegen die Geschwister Nagler und den Droßkisten Bod wegen Raubmordes an dem Kaufmann Dalfner, der i. J. vor dem Schwurgericht des Landgerichts verhandelt wurde und so großes Aufsehen erregte, wird demnächst eine Revision vor dem Schwurgericht des Landgerichts I erleben. Am 24. Juni 1921 hatte das Schwurgericht die Gertrud Nagler zu 15 Jahren Zuchthaus, Wilhelm Bod und Ernst Nagler zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten die Rechtsanwälte Dr. Albersberg und Dr. Halpert Revision eingelegt und sie damit begründet, daß die mündliche Verhandlung in einem wesentlichen Teile durch die Verlesung von Protokollen erfolgt sei, außerdem sei die Verteidigung durch Ablehnung von Beweisanträgen beschränkt worden und schließlich seien den Geschworenen Beweismittel in das Beratungszimmer verbracht worden, die nicht zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemacht seien. Das Reichsgericht hat diese Klagen für begründet erachtet und die Sache unter Aufhebung des Urteils vom 24. Juni 1921 zur erneuten Verhandlung an das Schwurgericht beim Landgericht I zurückerwiesen.

Museumsdiebstahl ohne Ende. Die Museumsdiebstähle häufen sich in der letzten Zeit in einer früher nicht bekannten Weise. Es ist bestimmt anzunehmen, daß eine ganze Bande gewerdmäßig hier ihr Unwesen treibt, nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz. In Berlin wurden erst in der jüngsten Zeit aus dem Märk. Museum 26 Gold- u. Silbermünzen gestohlen, eine goldene und eine silberne auch aus dem Museum für Meereskunde. Neuerdings ist wieder ein Diebstahl in der National-Galerie entdeckt worden. Hier sind wahrscheinlich von Dieben, die in der Woche von harmlosen Besuchern aufgetreten sind, vier Federhandschmuckstücke von Klinker gestohlen worden, die zusammen einen Wert von 120.000 Mark haben. Die Silber, die jedes 20.000 Mark wert sind, hat der Dieb zum Teil aus dem Rahmen herausgeschnitten.

Sprech-Chor für die proletarischen Feierstunden

Die Kindergruppe trifft sich am Sonntag Vormittag 10 Uhr im Großen Schauspielhaus zur Mischung bei der Jugendweibe.

Nützentanz. Die Kindergruppe trifft sich Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr am Bahnhof. Die Kindergruppe von Buch und Umgegend sind hierzu eingeladen.

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbesitzer für den Monat April resp. für das 2. Quartal 1922 zu vermeiden, bitten wir darum, das Abonnement sofort, spätestens aber bis zum 20. u. 21. März, zu erneuern. Bestellungen nimmt jedes Postamt und jeder Briefträger entgegen. Bei verspäteter Neubestellung sind Verzögerungen in der Zustellung unabweislich und übernimmt dann die Post keine Verantwortung. — Der Verlag der „Freiheit“ e. V. in. b. G.

Gewerkschaftliches

Wer sabotiert die Einigung?

Zur Krise im DGB.

Wir haben uns bereits ausführlich mit den Vorgängen im Deutschen Eisenbahner-Verband beschäftigt und berichtet in der Freitagsgeminnnummer über die am 18. März stattgefundene Generalversammlung in der mit 8 Stimmen Mehrheit eine kommunistische Ortsverwaltung gewählt wurde, die aber vom Hauptvorstand nicht bestätigt werden kann.

Das Organ der Unentwegten, die „Rote Fahne“, knüpft daran ihren üblichen Kommentar, zitiert die Ausführungen von Aufhäuser aus Nr. 127, um zu dem Schluß zu gelangen, daß die Amsterdamer Richtung auf die Spaltung der Gewerkschaften hinarbeite, die „aktiven, kampfschlüssigen Mitglieder“ ausschließt und daß wir blindlings auf Geheiß und Verderb die SPD.-Gewerkschaftsführer unterstützen!

Diese abgestandenen Tiraden sind zu über, um ernst genommen zu werden und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, insbesondere im Falle der Eisenbahner, wo wir länglich in längeren Ausführungen und ebenso sachlich wie energisch gegen den Versuch des Zentralvorstandes des DGB, wandten, rein formal zu verfahren und gegen die Berliner Ortsgruppe rigoros — nämlich des großen Disziplinbruches beim letzten Streik — vorzugehen.

Die Vorhaltungen des Blattes sind demnach ganz überflüssig und entbehren uns der Mühe, sie zurückweisen zu müssen. Um aber zu zeigen, was Geistes Kinder der jene „aktiven, kampfschlüssigen Mitglieder“ sind, um die die „Rote Fahne“ Krokodilstränen vergießt, deren Unschädlichmachung den Gewerkschaften aber nur zum Segen gereicht, wollen wir auf die letzte Generalversammlung der Berliner Ortsgruppe des DGB zurückkommen und folgende Tatsachen sprechen lassen:

Unser Genosse Bischoff fragte in der Diskussion die Versammlung, was an der gewerkschaftlichen Tätigkeit der bisherigen besetzten Kollegen Anhebel, Ullrich und Pauli eigentlich auszusetzen sei. Die Versammlung verbarste zu dieser Frage aber in vollkommenem Schweigen. Bischoff führte weiter aus, daß die Amsterdamer Liste nach gewerkschaftspraktischen Motiven zusammengestellt sei, die eine Vertretung des Bezirksbetriebsrats sowie des Bezirksbeamtenrats, der Betriebsratverwaltung, die Sektionsleiter usw. aufweist. Die Amsterdamer Liste entspricht also vollkommen dem § 26 des Verbandsstatuts. Dies läßt sich von der kommunistischen Liste nicht behaupten. Gen. Klein erklärte, daß er sich mit redlichem Eifer um die Einigung der drei Richtungen bemüht habe. Er hätte aber von der SPD. einen Zehnlist erhalten. Dem Kol. Joerg, Kom., hat Gen. Klein eine Einladung zu einer Zusammenkunft am 9. März 1922 der drei Richtungen aufgetragen, um endgültig zur Frage der gemeinsamen Liste Stellung zu nehmen. In dieser Zusammenkunft sei aber die SPD. nicht erschienen. Gen. Klein hatte auch gleichzeitig dem SPD.-Genossen Hübner die Mitteilung von der geplanten gemeinsamen Sitzung gemacht, worauf aber Hübner erklärte, daß wohl ein Zusammengehen mit der SPD. nicht in Frage käme.

Diese präzisen Ausführungen erregten eine gewaltige Unruhe unter den Kommunisten. Schiemenz stritt glattweg irgendeine offizielle Einladung zur gemeinsamen Sitzung ab. Auch Joerg erklärte, keinen diesbezüglichen Auftrag erhalten zu haben. Joerg gab jedoch im Gegensatz zu seinem Parteifreund Schiemenz die Erklärung ab, daß er die Einladung als nicht offiziell betrachtet hat! Von Klein wurde dem aber entgegengehalten, daß er Zeugen für den Vorgang habe, wobei Joerg noch die Frage stellte, ob dies eine offizielle Einladung sei, was ihm von Klein bestritten wurde.

Was hatten aber nun jene „kampfschlüssigen“ Kommunisten auf diese von Gen. Bischoff und Klein gemachten streng sachlichen Ausführungen zu sagen? Der SPD.-Mann Schiemenz entgegnete arg, warf dem Gen. Bischoff vor, im Sinne des Vorstandes zu stehen, was dadurch bewiesen würde, daß Bischoff zur Akademie der Arbeit geschickt werden soll. So will man also Bildungsbestrebungen von Seiten der SPD. begünstigen. Gen. Dreffel wies diese Verleumdung zurück, da der Gen. Bischoff auf Grund seiner Tätigkeit von der Ortsverwaltung ohne sein Wissen — nicht vom Vorstand — in Vorhöl für den Besuch der Akademie gebracht wurde.

Das sind jene „aktiven“ kommunistischen Gewerkschafter, die alle Versuche, eine Einigung oder wenigstens Verständigung herbeizuführen, sabotieren und mit Verleumdungen operieren, wenn ihre zweifelhafte Haltung offenbar wird. In diesem Falle kommt noch hinzu, daß alle Kommunisten im DGB, nach dem Streik erklärten, für die alte Ortsverwaltung einzutreten. Diese Leute hatten aber nur den Parteivorteil im Auge und dokumentierten sehr deutlich, daß ihnen an einer Einigung gar nichts gelegen ist.

Diese Tatsachen sind hier wieder einmal einwandfrei festgestellt worden. Welchen Wert somit das unaufrichtige Verhalten der Kommunisten und die Futreiter- und Trabantendienste der „Roten Fahne“ beanspruchen können, überlassen wir gerost dem Urteil aller Leser, die sich selbst auch die Frage beantworten werden können, von wem die Einigung sabotiert wird.

Zur Lohnbewegung im Felleurgewerbe

Die Arbeitnehmer nahmen am 19. März in einer auf beschleunigte Besammlung im großen Saal des Loehauses den Bericht der Tarifkommission entgegen. Der Referent schilderte den Gang der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und arbeitete die drei deren Bestreben, das bisher geltende Prinzip der Mindestlohnsetzung durch ein solches nach Altersklassen abzulösen. Die Lohnertörung soll 17 bis 20 Prozent Erhöhung der Preisenurspreise für drei einander folgende Altersgruppen 11 bis 22, 23 bis 37 Prozent betragen. Außerdem sollen die nicht in dreijähriger Lehre ausgebildeten Felleurinnen in der neuen Lohnveränderung unberücksichtigt bleiben. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß ein großer Teil der Arbeitssort die geforderte Erhöhung bereits erhält; nur in den Preislisten von der Warenhäuser scheint man eine solche Erhöhung nicht außer Acht gelassen zu haben. Dafür vertritt man aber bei neu-einstellenden Damenfelleuren, daß sie verheiratet sind! Solche Praktiken sollen Vertreter von Arbeitgebern unterlassen, wenn sie nicht sich selbst und ihre Auftraggeber lächerlich machen wollen.

Zum Schluß wurde eine längere Entschleunigung, die die Forderungen enthält und den letzten Willen der Arbeitnehmer, ihre Forderungen durchzuführen, bekennt, einstimmig angenommen.

Welfliga der Artisten-Organisationen

Obiger Vereinigung sind die Artisten-Verbände aller Länder Europas, außer England, angeschlossen, die am 20. bis 23. März ihren diesjährigen Kongress in Berlin abhält. Delegierte aus allen Ländern, in denen Artisten-Organisationen bestehen, sind zur Teilnahme angemeldet. Der Kongress wird sich mit den wichtigsten aktuellen Fragen des Variété-Gewerbes befassen, so z. B. mit der Beseitigung der Schäden, die der Krieg für die internationale Artistenchaft hervorgerufen hat, wozu auch die durch die Valuta-Differenzen hier und da hervorgerufene, als unlauter angesehenen Konkurrenz gehört, ferner die Einführung von Normalverträgen in denjenigen Ländern, wo sie noch nicht existieren, die Festsetzung von Mindestgehältern im internationalen Engagementsverkehr usw. — Der Kongress wird Montag, den 20. mit einem öffentlichen Empfang der Delegierten und des Präsidenten Bilette-Franke durch die Internationale Artisten-Liga, dem deutschen Berufsverband, im Metropol-Variété eröffnet, bei dem auch die Spitzen der Behörden und die Vertreter anderer Berufsverbände ihr Erscheinen in Aussicht gestellt haben.

Abbruch der Lohnverhandlungen in der Berliner chemischen Industrie.

Die Funktionäre der chemischen Industrie sämtlicher Fabrikgruppen nahmen am 14. März 1922 in der „Königsbank“, Große Frankfurterstraße, den Bericht über die erfolglosen Lohnverhandlungen entgegen. Reimann vom Verband der Fabrikarbeiter führte aus, daß der von der Lohnkommission vorgetragene Vergleich, der vor dem Zentral-Schlichtungs-Ausschuß stand, durchaus nicht befriedigend sei, aber das Maximum, was jetzt zu erreichen war. Angesichts der Lohnverhältnisse in anderen Industrien empfiehlt er den Vergleich trotzdem zur Annahme. Was die Dauer bis zum 26. April andrückt, ist unannehmlich, doch wenn sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit rapide verschlechtern, neu Verha binanen nach den bisherigen Erfahrungen mit den Untern hüten mög lich sind.

Die Löhne betragen für Vollarbeiter pro Stunde in der Zeit vom 15. Februar bis 8. März 13 — Mk., vom 9. März bis 20. März 14 — Mk. und vom 31. März bis 26. April 15 — Mk. Für Frauen in denselben Zeiträumen 8,75 Mk., 9,55 Mk. resp. 10,15 Mk. Facharbeiter und Handwerker erhalten 25 Pfa. bis 80 Pfa. mehr pro Stunde. Hierzu treten Familienzulagen von je 45 Pfa. pro Kopf und Stunde. In der Diskussion wurde von den meisten Rednern der Vergleich, namentlich wegen der langen Dauer bis zum 26. April heftig angegriffen und die Ablehnung verlangt. Nur wenige Redner sprachen sich für die Annahme aus. Nach stundenlanger, heftiger Debatte wurde nach einem Schlußwort Reimanns der Vergleich gegen eine starke Minderheit angenommen.

Auskunft wird im Büro des Fabrikarbeiterverbandes, Engel-Ufer 24-25, erteilt.

Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter. Um eine gleichmäßige Abwicklung des Legitimierungsgeschäftes herbeizuführen, hat der Polizeipräsident angeordnet, daß die Entgegennahme der Legitimationsanträge, die Einziehung der Gebühren, Ausbändigung und Umschreibung der Karten durch die Rediere der Arbeitsstelle, die Sammlung und Absendung der Anträge sowie die Vermehrung und Ueberweisung der Gebühren an die deutsche Arbeiterzentrale durch die Polizeiamtler zu erfolgen hat.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden hierdurch aufgefordert, sich unbedingt an der heute stattfindenden Wahl der Angestellten in den bekannten Lokalen zu beteiligen. N. Mitgliedbuch legitimiert. Die 8. Woche muß akkredit oder aktempelt sein. Es ist Pflicht jeder Kollegin und jedes Kollegen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Knoor-Drem'e: Am Sonntag, den 19. März 1922, vormittags 9 1/2 Uhr findet bei Krummhan, Werlhauer Str. 61, für alle Anhänger der U.S.P.D. eine Versammlung statt. Tagesordnung: Betriebsratswahl. Der Fraktionsvorstand.

Streik in der Württembergischen Metallindustrie. In Württemberg traten gestern früh die Arbeiter einiger kleinerer Betriebe der Metallindustrie in den Ausstand. Abends folgten Arbeits einstellen in größeren Betrieben des Landes. Die Zahl der Streikenden wird auf 25 bis 30.000 geschätzt. Die Arbeiter der Daimler Werke setzen bisher keine Neigung zum Streik, haben auch nicht geäußert.

Parteiveranstaltungen

Jugendweibe Oberbarnheim, am 20. März, vormittags 10 Uhr, im Welfenpalast. Eintrittspreise sind in den Kaufmannsvereinslokalen: bei Otterli, Jägergesellschaft, Faber, Jägergesellschaft, Jäger, Reizentzauer, Grotz, Jägergesellschaft und bei Helmer Bergmann zu haben.

Sonnabend, den 18. März.

12. Verwaltungsrat des Bezirks Reinickendorf: Gute abend 7 1/2 Uhr in ...

Reinickendorf-Bez., abends 7 Uhr, im Volkshaus: Funktionärsitzung.

Sonntag, den 19. März.

18. Bezirk (Kreuzberg), abends 7 Uhr: Funktionärsitzung bei ...

14. Verwaltungsrat (Köpenick), vormittags 9 1/2 Uhr, auf dem ...

15. Verwaltungsrat (Mit. Oberbarnheim): Guten abend unter ...

Bereinskalendar

Sonnabend, den 18. März.

E.V. Gumpelken. Sonnabend, den 18. März, abends 7 Uhr, in der ...

Arbeiter-Sport

16. Verwaltungsrat (Mit. Oberbarnheim): Guten abend unter ...

17. Verwaltungsrat (Mit. Oberbarnheim): Guten abend unter ...

18. Verwaltungsrat (Mit. Oberbarnheim): Guten abend unter ...

Ersiklassige Herren - Anzüge fertig am Lager: SCHULMEISTER
1875 Mk. 1995 Mk. 2150 Mk. 2295 Mk. Berlin SO. 26 -; Kottbuser Tor